

**Zeitschrift:** Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift  
**Band:** 24 (1920)

**Rubrik:** Illustrierte Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Illustrierte Kundschau

## Politische Uebersicht.

Zürich, 20. Juni 1920.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten vier Wochen nur kurz, aber vollständig hier aufzuführen, brauchte allzu viel Raum. Regierungskrisen, Streiks, Zu widerhandlungen gegen die Vernunft, die nun endlich Ruhe und Frieden zum notwendigen Wiederaufbau der zerstörten Verhältnisse in Europa fordert, füllten die Spalten der Tagespresse auch in der letzten Berichtsperiode; die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl in Amerika und die Stellungnahme des Senates zur Völkerbundsfrage traten fast in den Hintergrund des Interesses, so wichtig diese Dinge an sich auch für Europa sind.

Mit großer Spannung verfolgte man überall den Verlauf der Reichstagswahl in der deutschen Republik. Rechts- und Linksputsch wurde prophezeit; daß in Deutschland die Regierungsparteien mehr und mehr an Anhängern eingebüßt hatten, wußte man bereits im voraus; die Unzufriedenheit der Wähler mit den gegenwärtigen Verhältnissen war bekannt. Und die Folgen? Ein Wahlergebnis, das der bisherigen Regierung die notwendige Mehrheit entzog und deren Rücktritt zur Folge hatte. Das Stärkeverhältnis des fünftigen Reichstages, dessen Wahl ohne jegliche ernstere

Unruhe vor sich ging, bietet nun folgendes Bild: 112 Sozialdemokraten, 81 Unabhängige, 62 Deutsche Volksparteier, 68 Zentrumslute, 21 Bayrische und christliche Volksparteier, 66 Deutschnationale, 45 Demokraten (dazu 1 schleswig-holsteinischer Bauerndemokrat), 2 Kommunisten,

5 Deutschhannoveraner, 3 Württembergische Bauernbündler, 4 Bayerische Bauernbündler.

Das heißt: die Flügelparteien nach links und rechts sind gestärkt, die Mittelparteien geschwächt aus der Wahl hervorgegangen. Die Folge dürfte sein, daß eine dauernde Mehrheit, auf die sich die Regierung stützen könnte, nicht zu erreichen ist, daß gerade das eintreten wird, was Deutschland jetzt am allerwenigsten brauchen kann: eine Periode von Krisen. Bedenklich ist auch, daß trotz dem Kapputsch die Deutschnationalen volle 66 Sitze gewinnen. Als weiteres recht bezeichnendes Zeichen der Zeit

darf hier registriert werden, daß die Schwerindustrie durch Ankauf großer Blätter die mißliche Lage der deutschen Presse ausnützt und die öffentliche Meinung in ihre, d. h. der Alldeutschen Hand zu bringen sucht.

Das Wahlergebnis hatte nun eine ziemlich langwierige Krisis im Reichskabinett zur Folge. Reichskanzler Müller



Der Internationale Frauenkongress in Genf, Juni 1920.  
Mrs. Carrie Chapman Catt (stehend), die Präsidentin des Kongresses und Lady Astor, die erste englische Parlamentarierin. Phot. F. Boissonas, Genf.

versuchte, vom Reichspräsidenten mit der Neubildung betraut, umsonst, die Unabhängigen zur Teilnahme zu bewegen. Sodann erhielt der Fraktionspräsident der deutschen Volkspartei den Auftrag; allein die Fraktion der Mehrheitssozialisten hat die Beteiligung an einem Kabinett, in dem Elemente der Rechtsparteien säßen, einstimmig abgelehnt. Zunächst schien sich insofern eine Klärung zu vollziehen,

als sich dem dritten vom Reichspräsidenten Beauftragten, Trimborn, die Deutschnationalen und die Demokraten zur Mitarbeit bereit erklärt hatten; allein infolge der Ablehnung aller Angebote durch die Sozialdemokraten scheiterte auch seine Mission. Fehrenbach, der vom Reichspräsidenten als Reichskanzler vorgeschlagen worden, lehnte vorerst ab.

Darauf nannte Trimborn unter Billigung der Zentrumsfraktion und des Parteivorstandes den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer. Dieser Vorschlag fand die volle Zustimmung des Reichspräsidenten, der sich sofort telegraphisch mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte. Allein auch dieser scheint keineswegs geneigt zu sein, sich diesem dornenvollen Amt zu widmen; mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit seiner Pariser Mission lehnte er ab. Nun wandte sich der Reichspräsident nochmals an den Präsidenten der National-

versammlung, Fehrenbach, mit dem er wegen der Übernahme des Reichskanzleramtes verhandelte. Dieser verhält sich im Augenblick gegenüber der Anregung, die Kabinettsbildung zu übernehmen, nicht mehr unbedingt ablehnend; es gelang ihm aber bis zur Stunde noch nicht, aus den drei alten Koalitionsparteien ein Kabinett zustande zu bringen, und es dürfte nur noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte in Frage kommen.

In Italien war das neue Ministerium Nitti von ganz kurzer Dauer. Es erlebte nicht einmal eine parlamentarische Session.

Das Regierungsdekret über die Brotpreiserhöhung, das im ganzen Lande mit Unwillen aufgenommen worden, hatte zur Folge, daß die Sozialisten die heftigste Opposition begannen, die Radikalen sich ihr, wenn auch aus andern Gründen, anschlossen, und die dadurch geschaffene Lage veranlaßte

Nitti, in der ersten Kammersitzung vom 9. Juni die Rückgängigmachung des Defretes und sein Demissionsgesuch mitzuteilen. Nun ist Giolitti wieder aus der Versenkung aufgetaucht, der Neutralist, der zu Anfang des Krieges als Hochverräter und Feind des Volkes von den Interventionisten verfolgt wurde, der nüchterne Nützlichkeitspolitiker und parlamentarische Routinier, und ihm ist nun die Bildung eines Koalitionsministeriums gelungen, das fol-



Der Internationale Frauenkongress in Genf. Die Ankunft orientalischer Delegationen im Bahnhof Cornavin in Genf.  
Foto: F. H. Zulli, Genf.



Der Internationale Frauenkongress in Genf. Die Gründungssitzung am 7. Juni.  
Phot. F. Boissonas in Genf.

gende Zusammensetzung aufweist: Vorsitz und Inneres: Giolitti, Auswärtiges: Sforza, Kolonien: Rossi, Justiz und Kultus: Tera, Finanzen: Tedesco, Schatz: Meda, Krieg: Bonomi, Marine: Admiral Secchi, Unterricht: Croce, öffentliche Arbeiten: Peano, Landwirtschaft: Micheli, Industrie und Handel: Alessio, Post und Telegraph: Pasqualino Vassallo, befreite Gebiete: Raineri, Arbeit: Labriola. Die Minister haben am 16. Juni, vormittags, dem König den Eid geleistet.

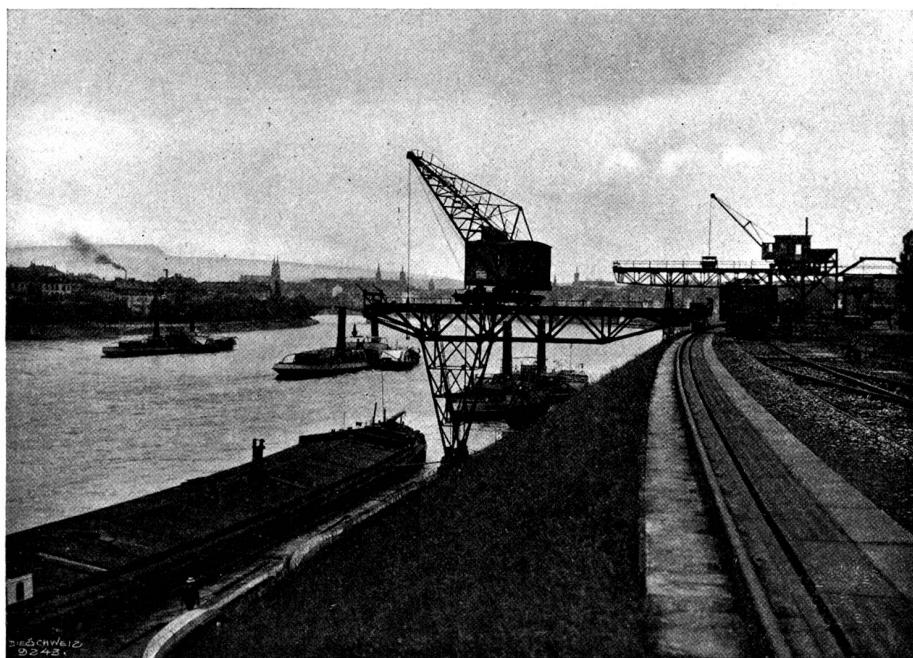
Ob es dem hoch in den Siebzigen stehenden gewiechten Politiker gelingen wird, Italiens zerrüttete politische Verhältnisse zu bessern, bleibt abzuwarten.

Auf Italiens dringliche Vorstellungen läßt sich wohl die Verschiebung der Konferenz von Spa zurückführen, da Italien zunächst wieder geordnete parlamentarische Verhältnisse besitzen wollte. Die Konferenz soll nun am 5. Juli stattfinden.

Auch mag die Einberufung des deutschen Reichstages auf den 23. Juni, früher wäre sie nicht möglich gewesen, die Alliierten dem italienischen Wunsche geneigter gemacht haben. Weder in Italien noch in Frankreich gab man sich mit den Abmachungen in Hythe zufrieden. Es wirkte aber beruhigend, als Millerand in der Kammer mitteilte, daß die Schuld Deutschlands für die Wiedergutmachung noch nicht endgültig festgesetzt sei und daß die Alliierten auf die Pfänder, die sie in den besetzten Gebieten in der Hand hätten, keineswegs zu verzichten gedachten. Zudem erreichte Italien von England und Frankreich die Erklärung, die in Hythe getroffenen Abmachungen über die Verteilung der deutschen Entschädigung seien kein Kollektivbeschuß, und diese Frage werde in einer Konferenz in Boulogne sur Mer noch endgültig geregelt. Italien hat zu dieser Kon-



Die Delegierte des englischen Polizeikorps.  
Phot. F. H. Jullien, Genf.



Sicht auf die Rheinhafenanlage bei Basel. Phot. A. Kugler, Basel.

ferenz den Unterstaatssekretär Sforza abgeordnet; sie wird am 21. Juni stattfinden.

Eine Ministerkrise ist ferner ausgebrochen in Österreich. Anlaß zum Rücktritt boten Beratungen über die Vermögensabgabe und über die Soldatenräte. Seit den Wahlen zur Nationalversammlung bestand in Österreich eine Koalition der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten, also eine unnatürliche Verbindung zweier gegnerischer Parteien, der beiden größten und stärksten, die durch die Verhältnisse aneinander gebunden waren. Daß innerhalb dieser Koalition schon bisher nicht die schönste Einigkeit herrschte, liegt auf der Hand. Welchen Weg man nun einschlägt, ist noch nicht völlig klar; vielleicht wird ein bürgerliches Ministerium ad interim gebildet, da sich die Koalition kaum mehr flicken läßt, und wenn die zwei brennendsten Fragen, die der Verfassung und die der Vermögensabgabe, von der Nationalversammlung verabschiedet sind, mag zu deren Neuwahl geschritten werden.

Was uns heute aber besonders inter-

essiert, ist die Haltung des Völkerbundsrates in dem Konflikt zwischen Persien und Sovietrußland, um dessen Schlichtung der persische Prinz Firuz den Völkerbund gebeten hat. Daß man heute schon große Erwartungen auf eine solche Aktion setzen dürfe, wird man kaum behaupten wollen. Der Protest des Prinzen beim Völkerbundsrat wandte sich gegen die Besetzung des zum persischen Staatsgebiete gehörenden Hafens Enzeli durch bolschewistische Truppen. Nun ist Persien ursprüngliches Mitglied des Völkerbundes. Russland ist Nichtmitglied, und zudem ist seine Regierung von denen der Völkerbundstaaten nicht anerkannt. Wenn nun der Völkerbundsrat die Schlichtung des Konfliktes hätte übernehmen müssen, so würde er stillschweigend die Sovietregierung anerkannt haben, was besonders in Frankreich nicht gewünscht wird. Die Lage war also ziemlich heikel, und es mag den in London versammelten Herren recht willkommen gewesen sein, daß es gelang, direkte Verhandlungen zwischen Russland und Persien anzubahnen, und daß sie erklären konnten, sie hätten aus

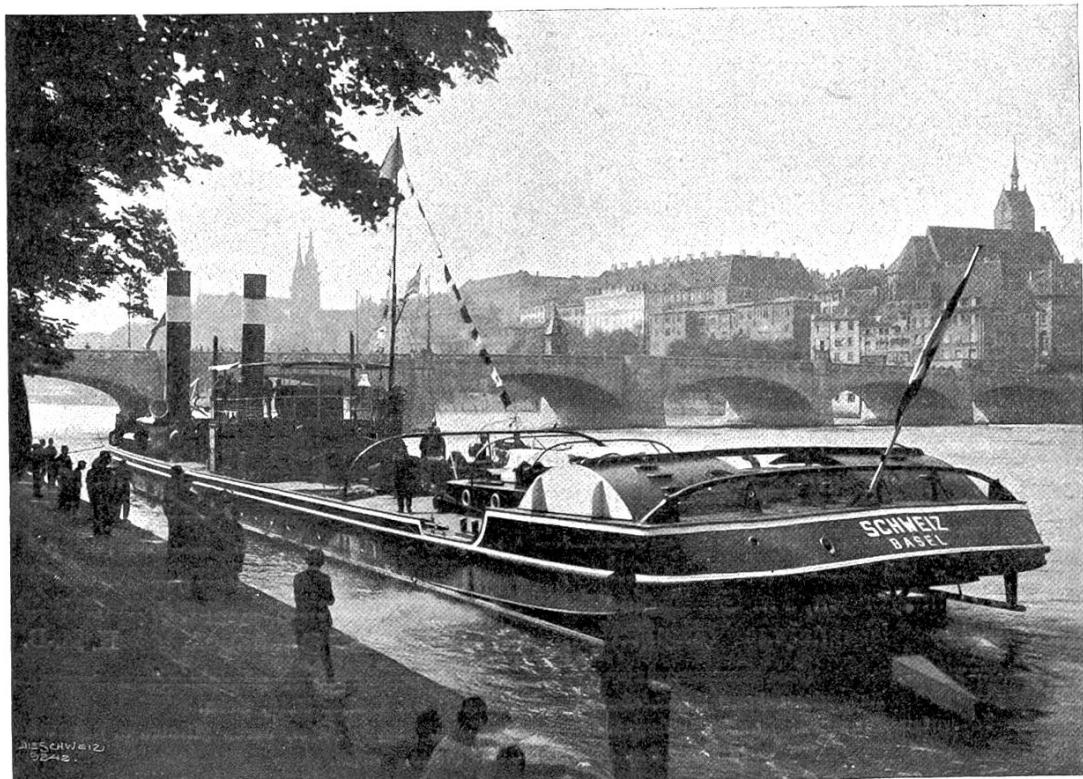
diesem Grunde keine Ursache, direkt in diese Verhandlungen einzugreifen.

Prinz Firuz habe, wird ferner gemeldet, mit Krassin eine Unterredung gehabt. Dieser Krassin hält sich seit etwa Monatsfrist in London auf und sucht als Unterhändler Sowjetrußlands mit den Regierungen der Alliierten, insbesondere Englands, ein Abkommen über die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu treffen. In Frankreich findet dieser Versuch wenig Gegenliebe, und die öffentliche Meinung äußerte sich ziemlich mißmutig über das Entgegenkommen, das Lloyd George diesem Unterhändler angedeihen ließ. Man behauptet, es bestehe zwischen dem Vorgehen der Bolschewiki in Asien und dem Verhalten des englischen Premiers ein gewisser Zusammenhang. Am 17. Juni ist nun der ständige Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates mit Krassin zu einer Besprechung zusammengetroffen, ferner erklärte Lloyd George offiziell, Italien, Belgien, sowie Japan hätten sich zu Verhandlungen mit Rußland bereit erklärt.

Hier mag noch registriert werden, daß Essad Pascha, der ehemalige Diktator Albaniens, in Paris, beim Verlassen des

Hotels, von einem 25 Jahre alten Studenten der Pädagogik albanischer Nationalität am 13. Juni ermordet worden ist. Der Mörder erklärte, er habe, einem spontanen Einfall gehorchen, Essad Pascha umbringen wollen, um die Leiden des albanischen Volkes an ihm zu rächen.

Die Labourpartei in England hat eine Delegation nach Rußland gesandt, die sich an Ort und Stelle über die Zustände in der bolschewistischen Republik orientieren sollte. Der vorläufige Bericht dieser Abgesandten lautet ziemlich enttäuscht, wenn auch nicht so ungünstig, wie es Lenin wohl erwartet hatte, als er einen Brief nach England sandte, worin er den Konflikt darstellte, der zwischen den Delegierten und den russischen Bolschewiki ausgebrochen ist. Die beiden Delegierten Shaw und Turner, deren Auseinandersetzungen publiziert wurden, machen für die mißlichen Zustände in Rußland freilich die Alliierten (Blockade, feindselige Haltung gegen die Bolschewiki) verantwortlich. Die Kritik am Regime selber dürfte wohl der offizielle Bericht bringen, sofern die Herren diesen dann so offenherzig abfassen, wie sie ihre Kritik — nach



Der erste schweizerische Rheingüterdampfer (Gedrängdampfer) „Schweiz“ vor der neuen Rheinbrücke in Basel.  
Phot. W. Helg, Basel.

dem Konflikt mit Lenin zu urteilen — in Rußland selber geäußert haben.

\* \* \*

In der Schweiz tagte die Bundesversammlung in Bern während dreier Wochen. Von ihren Beschlüssen wären zu nennen die Ablehnung der Besteuerung fremder Depositen in unsren Banken durch den Nationalrat, der sich hiermit in Uebereinstimmung mit dem Ständerat befand. Ferner die Genehmigung der Ruhegehälter der Bundesräte, Bundes- und Versicherungsrichter. Eine Interpellation Gruber hatte die sofortige vom Bundesrat verfügte Schließung des Cercle du Léman in Genf zur Folge, dem die Genfer Behörden eine etwas weitgehende Geduld hatten angedeihen lassen, obwohl die Spielbankinitiative angenommen und inzwischen rechtstätig geworden war. Der prompte Erfolg, sowie die bestimmte Erklärung Bundesrat Häberlins, energisch für Abhilfe zu sorgen, taten gute Wirkung. Die Vorlage des Bundesrates über Taxerhöhungen der S. B. B., deren Dringlichkeit vom National- und Ständerat eingesehen worden, fand die Billigung der Räte, und diese neuerliche Belastung der auf die Verkehrsmittel Angewiesenen wird nun schon auf den 1. August eingetreten. Auch die Zollzuschläge fanden die Genehmigung; die außerordentliche Erhöhung des Tabakzolls dürfte eine Verteuerung dieses Luxusartikels zur Folge haben, die vielen Rauchern verdächtlich sein mag. Aber die Finanznot als Folge der Kriegszeit erfordert die Schließung von Quellen für die Bundesfasse, auch wenn unser mit indirekten Steuern nicht allzu sehr belastetes Land eine solche bekommen sollte, was die prinzipiellen Gegner dieser Art der Besteuerung bedauern mögen. Abgelehnt wurde dann die Beschwerde der Basler Sozialdemokraten über den Generalstreikprozeß. Es wurde eifrig debattiert; doch die Bemühungen, den Streik als rein wirtschaftliche Maßnahme hinzustellen,

verfangen nicht. 105 gegen 25 Stimmen waren für Ablehnung. Hervorgehoben sei ferner die Debatte über das Postulat der Kommission für Beratung des Neutralitätsberichtes: „Die eidgenössische Fremdenpolizei ist auf eine einfache Passkontrolle an der Landesgrenze zu beschränken.“ In Wort und Schrift ist gegen die Fremdenpolizei in letzter Zeit heftig Sturm gelaufen worden: Von den an der Fremdenindustrie Interessierten aus geschäftlichen, von den Sozialdemokraten aus politischen Gründen. Mit 69 gegen 46 Stimmen wurde das Postulat im Nationalrat genehmigt. Der Ständerat hat sich noch nicht dazu geäußert. —

Nachdem das Arbeitsgesetz, gegen das das Referendum ergriffen worden war, vom Volke aus psychologisch begreiflichen, aber politisch nicht zu billigenden Gründen abgelehnt worden ist, ist nun auch das Referendum gegen das Gesetz über die Arbeitszeit bei den Verkehrsanstalten zustande gekommen. Es ist zu hoffen, unser Volk beweise hier einen weitern Blick als dort und verstehe die sozialen Forderungen der Gegenwart diesmal besser.

Etwelche Nervosität hatte die Verlegung der ersten Völkerbundstagung nach Brüssel zur Folge. Man fragte sich, ob eventuell jetzt, da die Schweiz Mitglied des Völkerbundes sei, Genf leer ausgehen müsse, und die ehrlichen Freunde des Völkerbundes waren ernstlich besorgt, weil sie mit Recht in einem Bruch des Versprechens für die Sache selbst die größte Gefahr zu sehen glaubten. Nun ist jedoch dem Bundesrat, der sofort eine würdig gehaltene Anfrage an den Völkerbundsrat gerichtet hatte, die beruhigende Zusicherung gegeben worden, daß eine Änderung des Art. 7 des Vertrages nicht beabsichtigt sei. In Brüssel werde lediglich über den Zeitpunkt der Übersiedlung des Völkerbundessecretariates nach Genf Beschluß gefasst. Damit fallen die Kombinationen der Beitrittsgegner und ihrer etwas voreilig triumphierenden Organe in nichts zusammen. H. M.-B.



Di<sup>j</sup> Campaccio, Bernina, Delgemälde.  
Qu. L. Lehmann, Zürich.